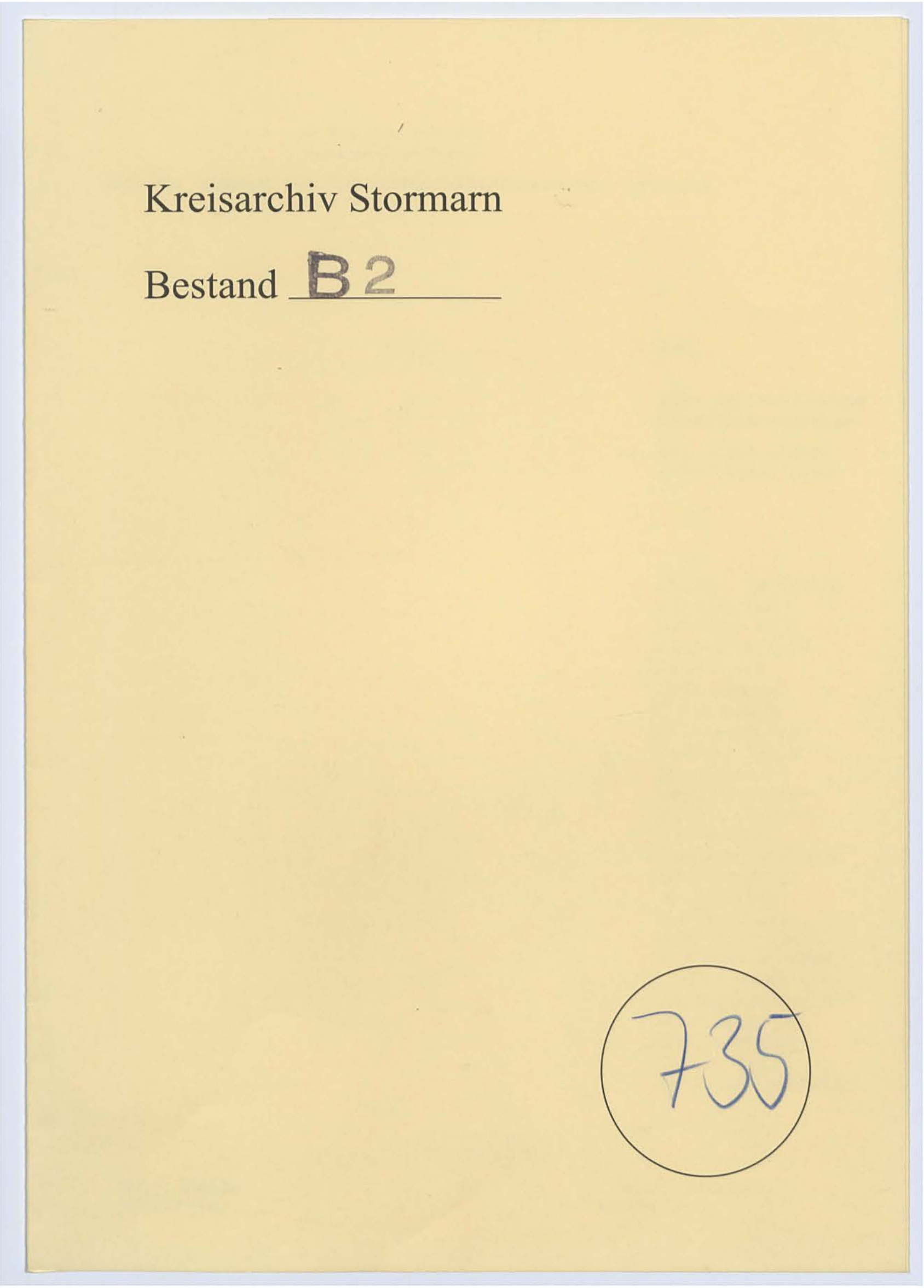
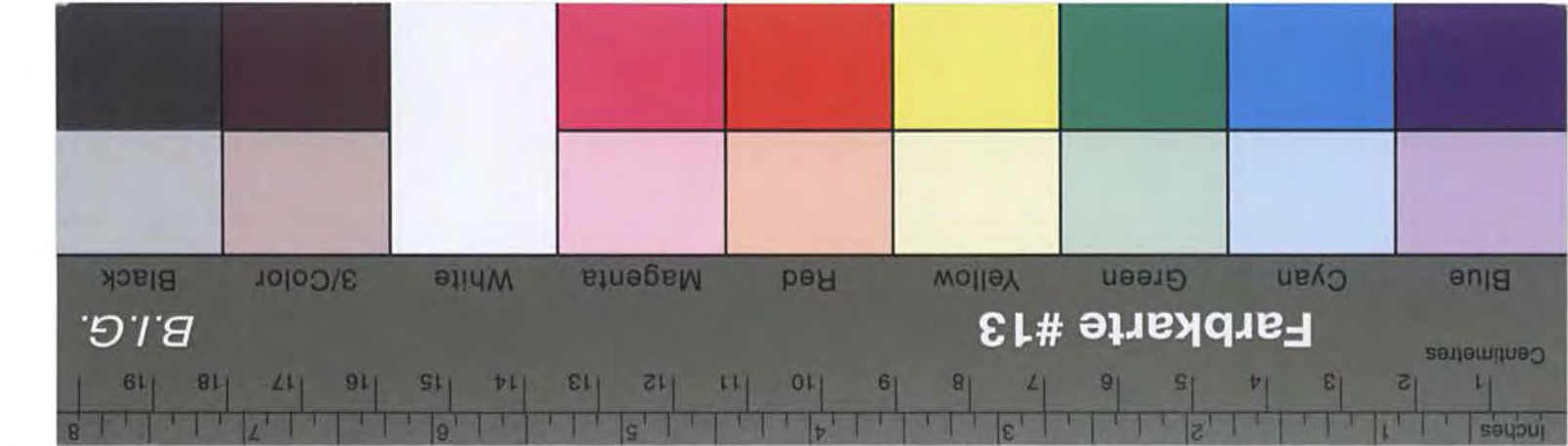
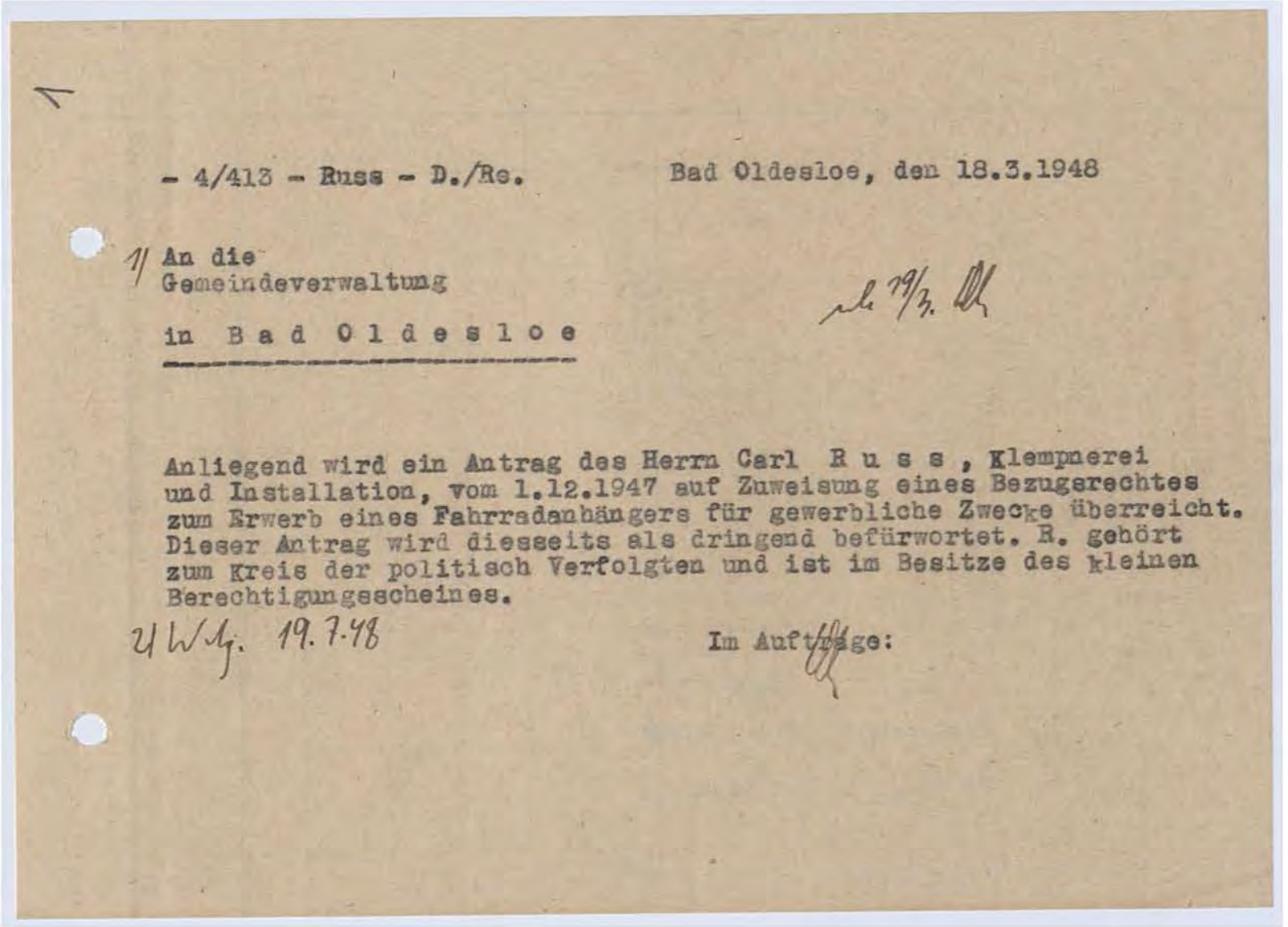


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



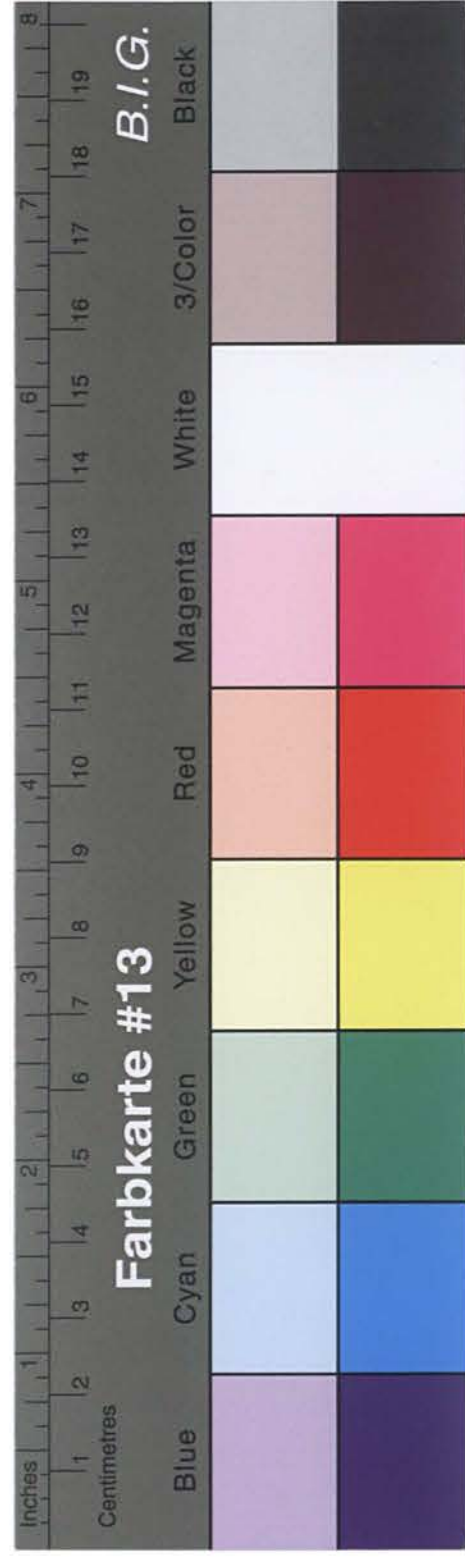


2

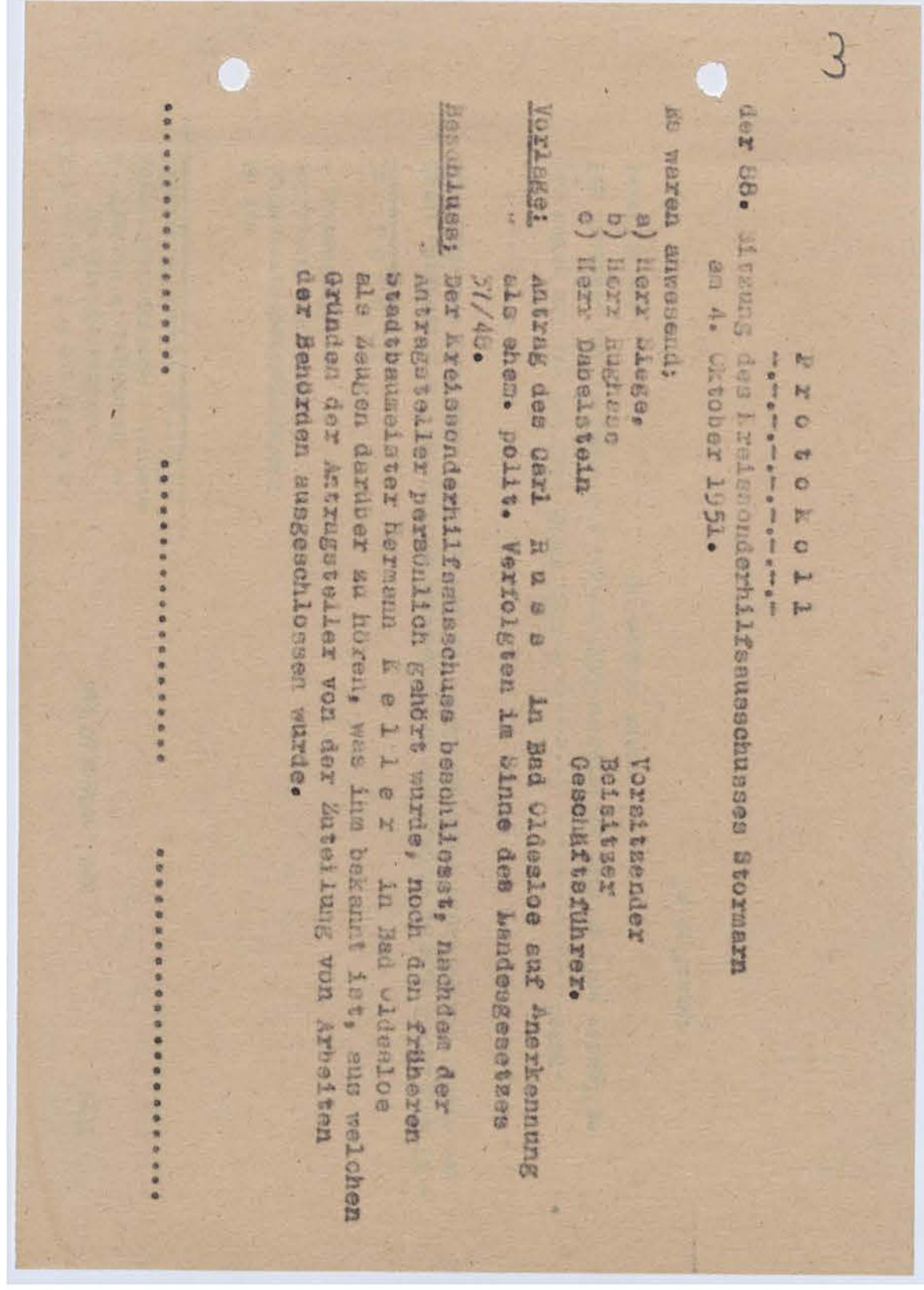
L T O K O I I
.....
der 68. Sitzung des Kreisverbandes am 4. Oktober 1957.
Es waren anwesend:
a) Herr Stöbe,
b) Herr Kugler,
c) Herr Hebelstein
Voritzender
Beisitzer
Gesamtschriftführer.

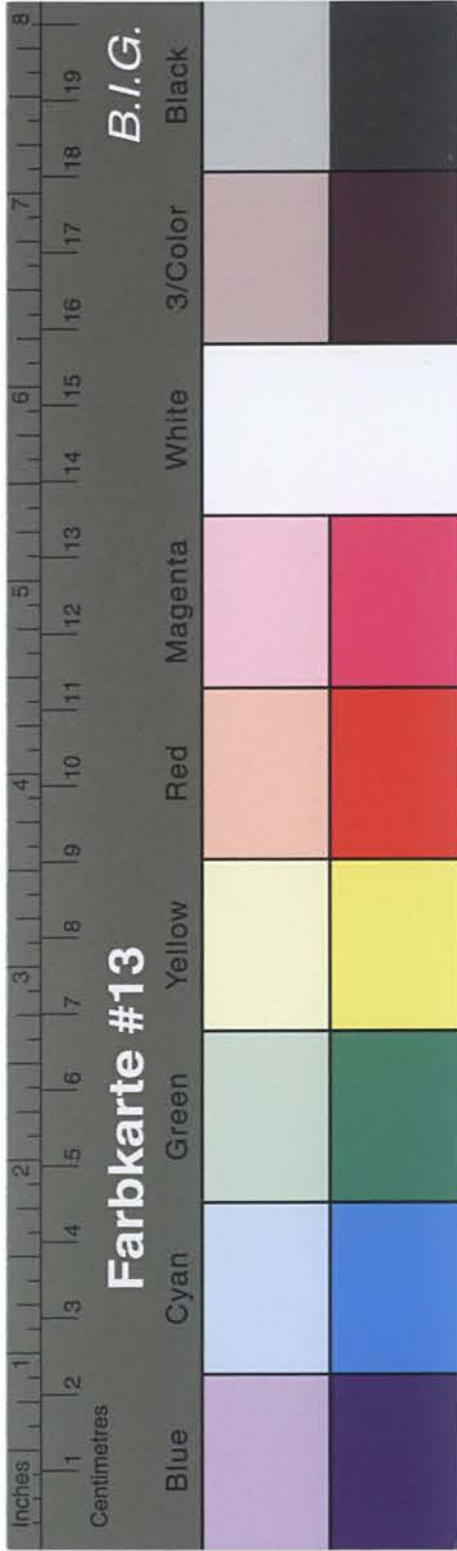
Vorlage: Antrag des GdL K u v in Bad Oldesloe auf „Verkenennung als ehem. polit. Verfolgter im Sinne des Landesgesetzes 51/46.“

Beschluss: Der Kreisverband hat die Beschlüsse, nachdem der antwortende Beisitzer zustimmte, noch den übrigen Beisitzern zur Kenntnis zu geben, was ihm bekannt ist, aus folgenden Gründen der Antwortsatz von der Zustimmung von Abgeordneten der Verbände ausgeschlossen wurde.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

in Lübeck

An die
Landesversicherungsanstalt
Schleswig - Holstein
- Aussonstalle -

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
- Sozial- u. Jugendamt -
Körperbehinderter- u. Hinter-
bliebenenfürsorge 4 - 1/8.

Bad Oldesloe, den 1951

Unter Bezugnahme auf das dortige Rundschreiben vom 6.12.50 Aktz.: II-Allg./R 14 -
übersende ich anliegend einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe für
..... in
und nehme auf die dortigen Akten Aktz.: Bezug.
Ich bemerke, daß im Laufe des Jahres 1950 meinerseits bereits eine einmalige
Beihilfe von IM gezahlt wurde.

Im Auftrag:

4

Protokoll
-.-.-.-.-

der 89. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn
am 6. November 1951.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege,	Vorsitzender,
b) Herr Gering,	Beisitzer,
c) Herr Mietzner,	Beisitzer,
d) Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Karl Russ in Bad Oldesloe auf Anerkennung
als politisch Verfolgter im Sinne des Soforthilfegesetzes.

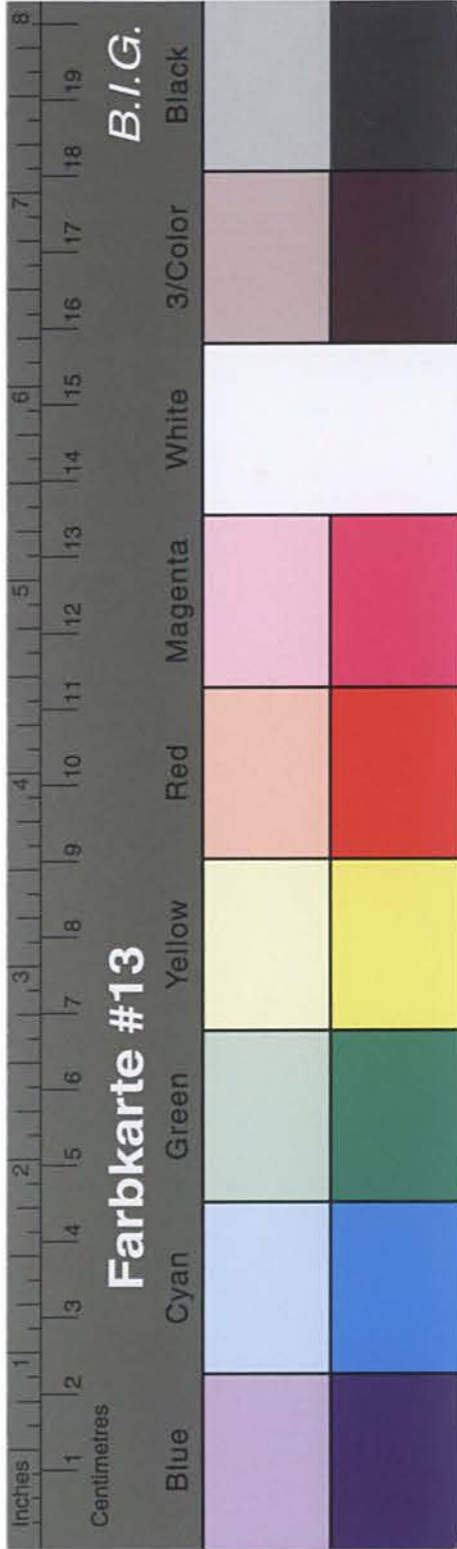
Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst, Russ gemäss
§ 31 Abs. 4 des Soforthilfegesetzes als Verfolgten anzu-
kennen.

Begründung.
-.-.-.-.-

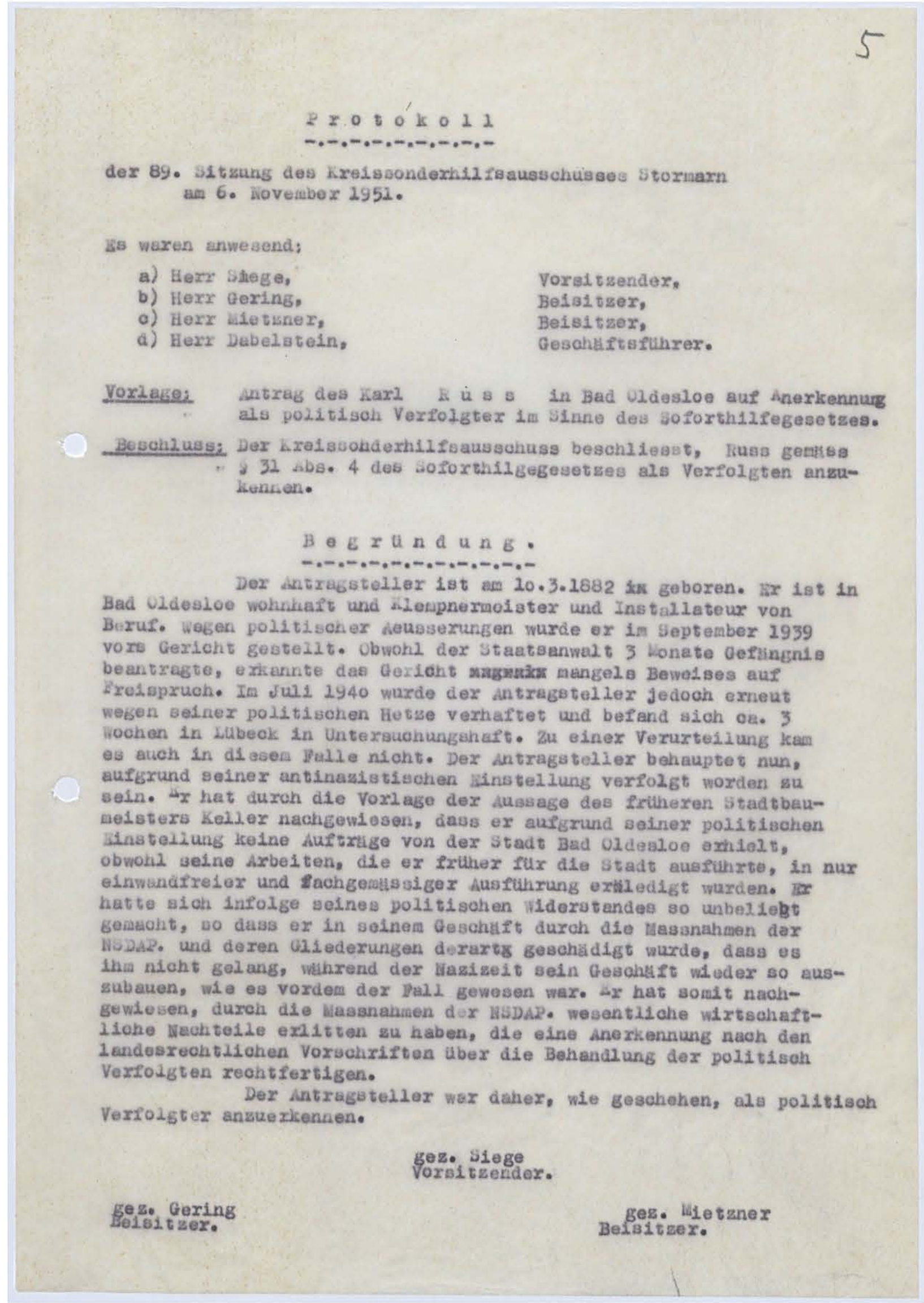
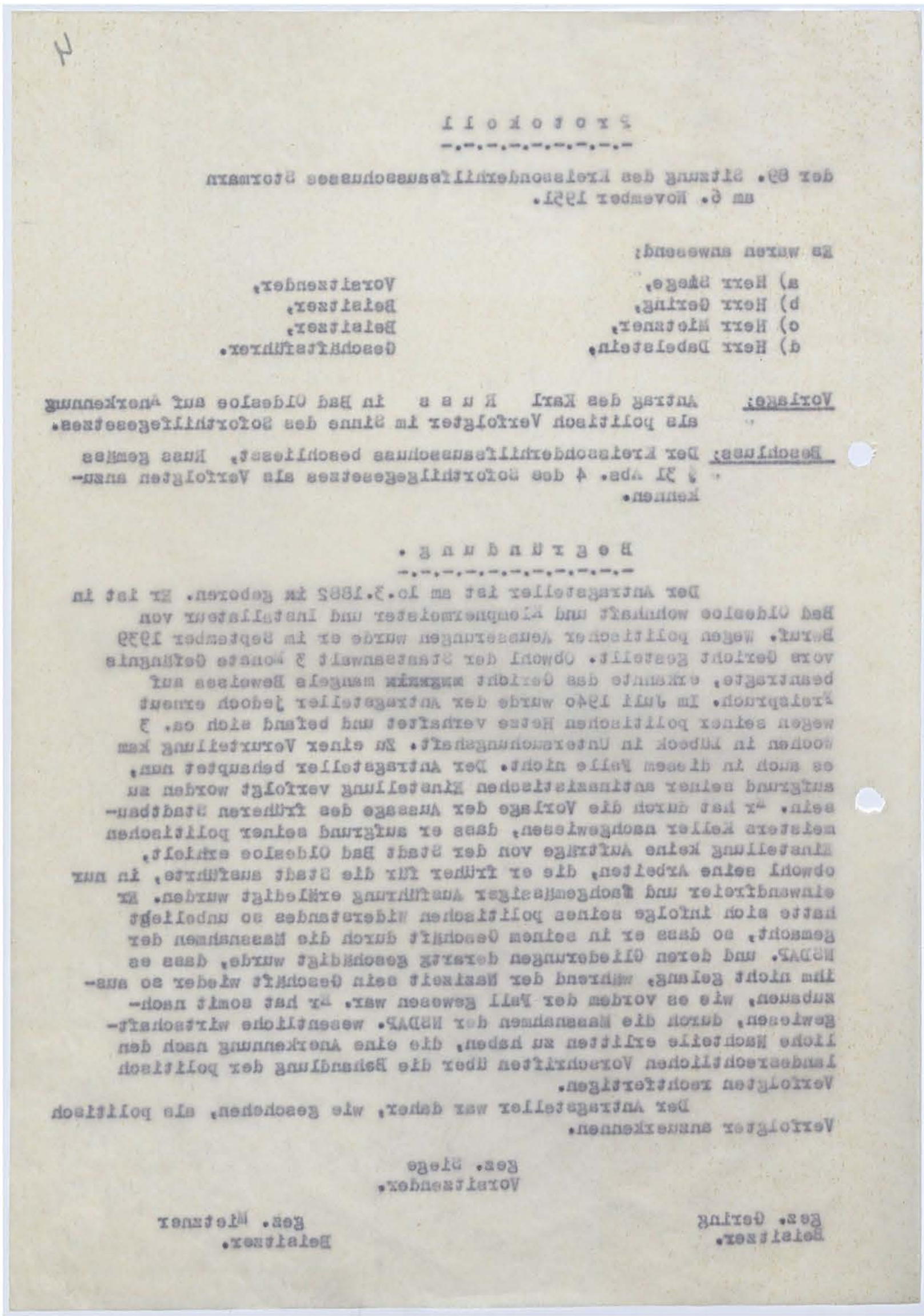
Der Antragsteller ist am 10.3.1882 im geboren. Er ist in
Bad Oldesloe wohnhaft und Klempnermeister und Installateur von
Beruf. Wegen politischer Äusserungen wurde er im September 1939
vors Gericht gestellt. Obwohl der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis
beantragte, erkannte das Gericht mangels Beweises auf
Freispruch. Im Juli 1940 wurde der Antragsteller jedoch erneut
wegen seiner politischen Hetze verhaftet und befand sich ca. 3
Wochen in Lübeck in Untersuchungshaft. Zu einer Verurteilung kam
es auch in diesem Falle nicht. Der Antragsteller behauptet nun,
aufgrund seiner antinazistischen Einstellung verfolgt worden zu
sein. Er hat durch die Vorlage der Aussage des früheren Stadtbau-
meisters Keller nachgewiesen, dass er aufgrund seiner politischen
Einstellung keine Aufträge von der Stadt Bad Oldesloe erhielt,
obwohl seine Arbeiten, die er früher für die Stadt ausführte, in nur
einwandfreier und fachgemässiger Ausführung erledigt wurden. Er
hatte sich infolge seines politischen Widerstandes so unbeliebt
gemacht, so dass er in seinem Geschäft durch die Massnahmen der
NSDAP. und deren Gliederungen derartig geschädigt wurde, dass es
ihm nicht gelang, während der Nazizeit sein Geschäft wieder so aus-
zubauen, wie es vordem der Fall gewesen war. Er hat somit nach-
gewiesen, durch die Massnahmen der NSDAP. wesentliche wirtschaft-
liche Nachteile erlitten zu haben, die eine Anerkennung nach den
landesrechtlichen Vorschriften über die Behandlung der politisch
Verfolgten rechtfertigen.

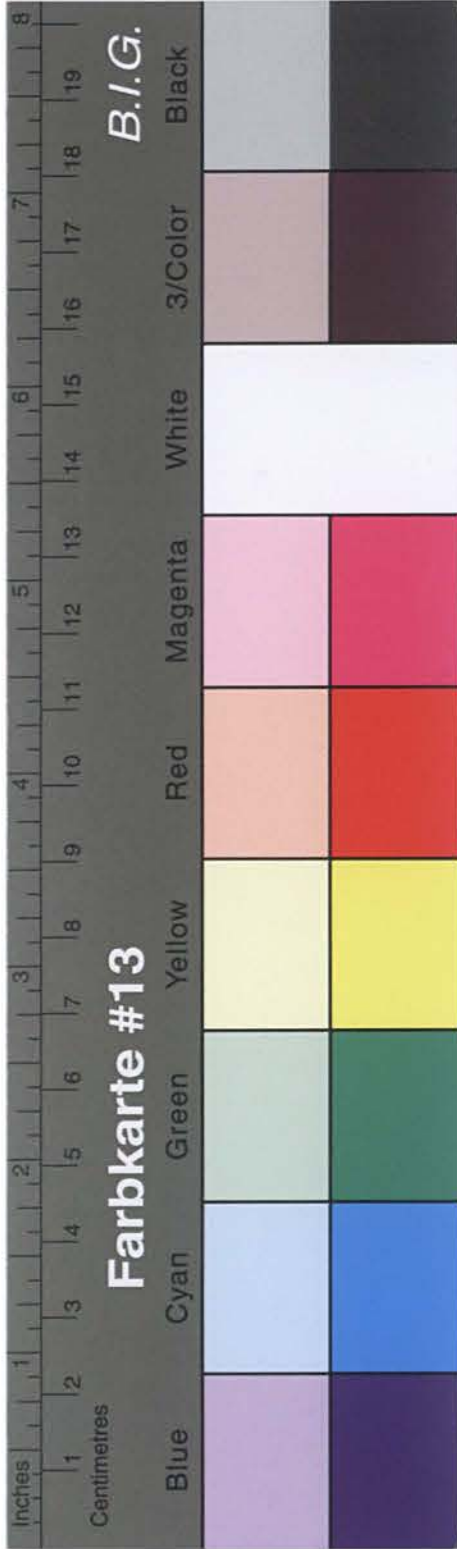
Der Antragsteller war daher, wie geschehen, als politisch
Verfolgter anzuerkennen.

gez. Siege Vorsitzender.	gez. Mietzner Beisitzer.
gez. Gering Beisitzer.	

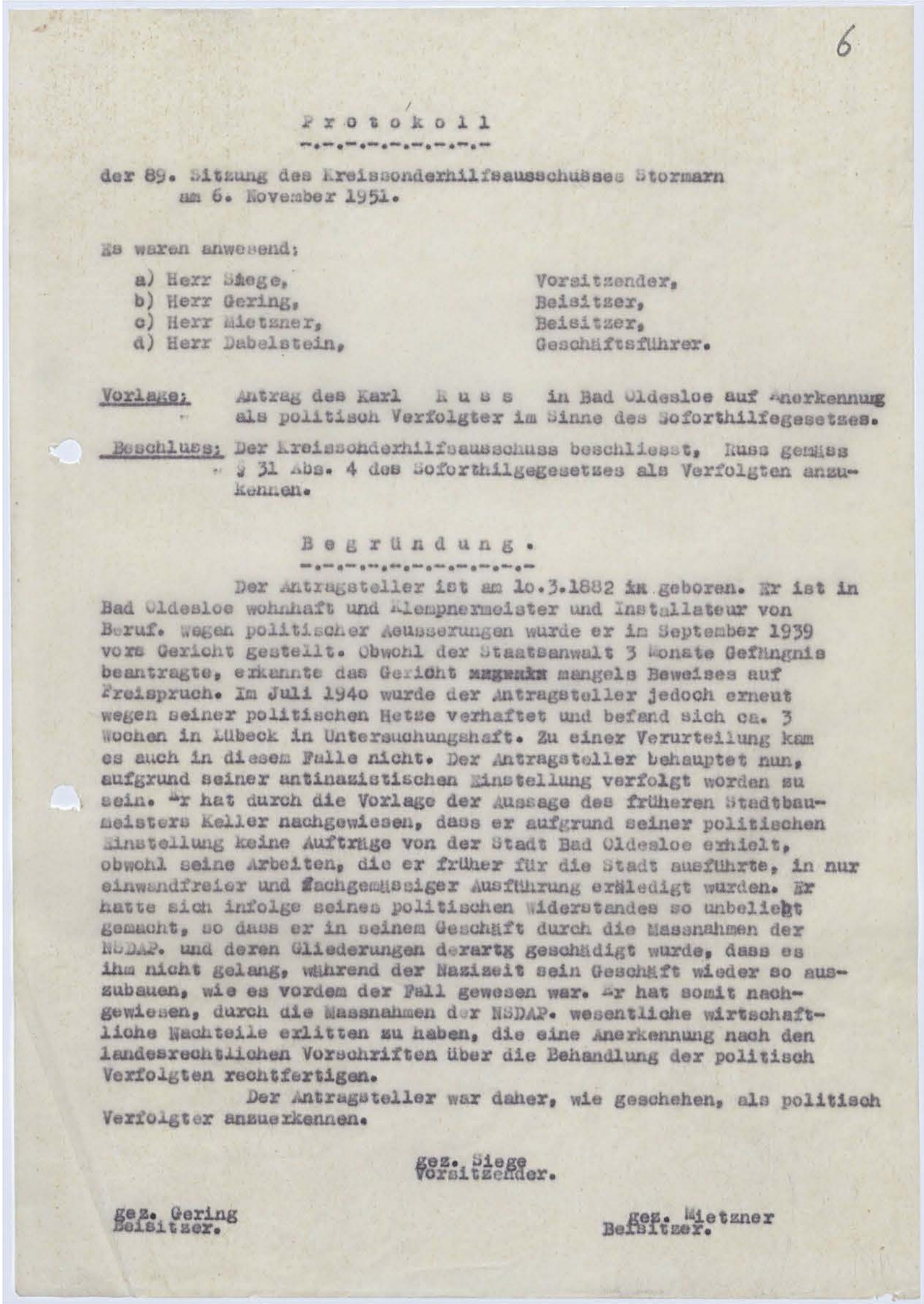
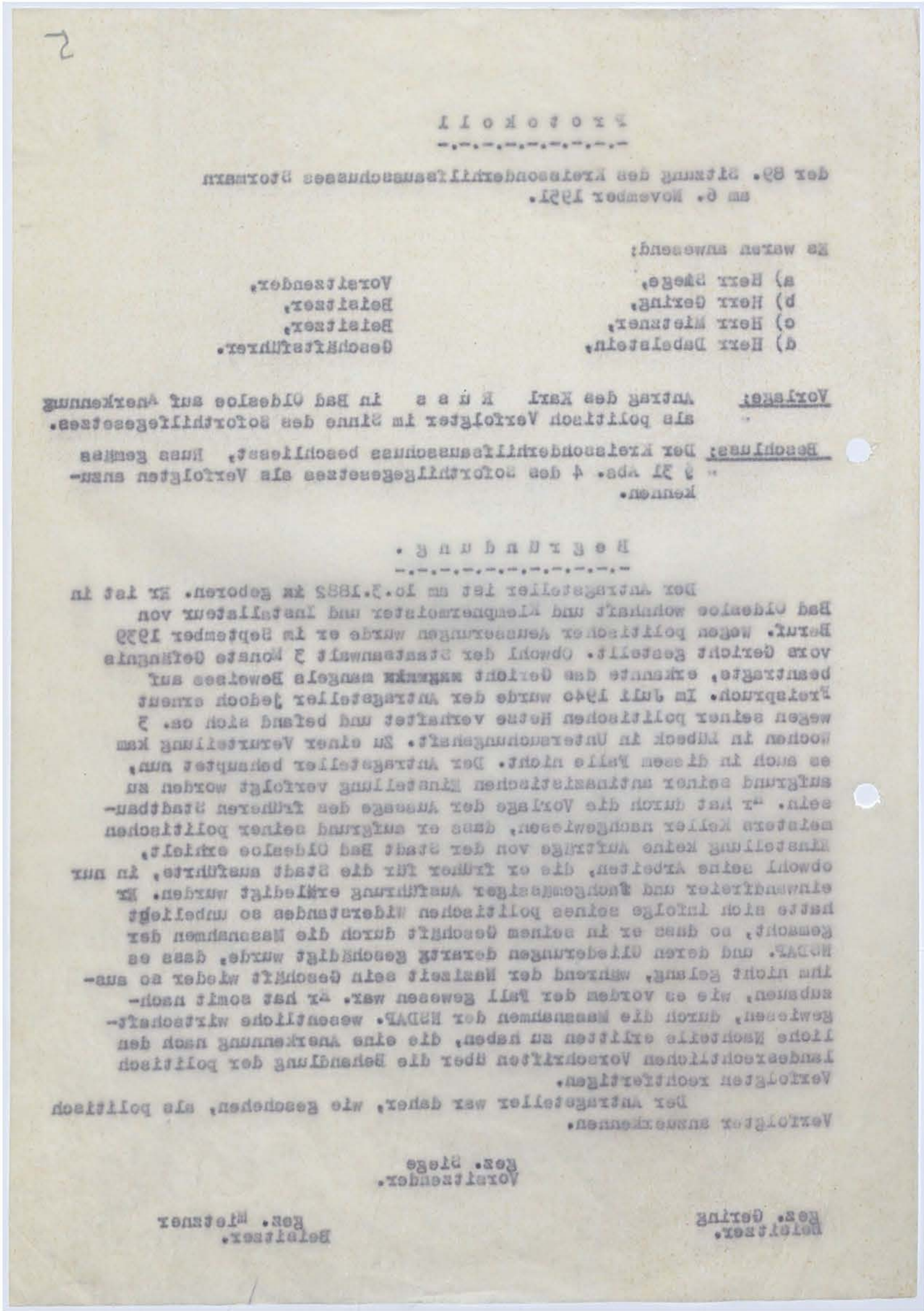


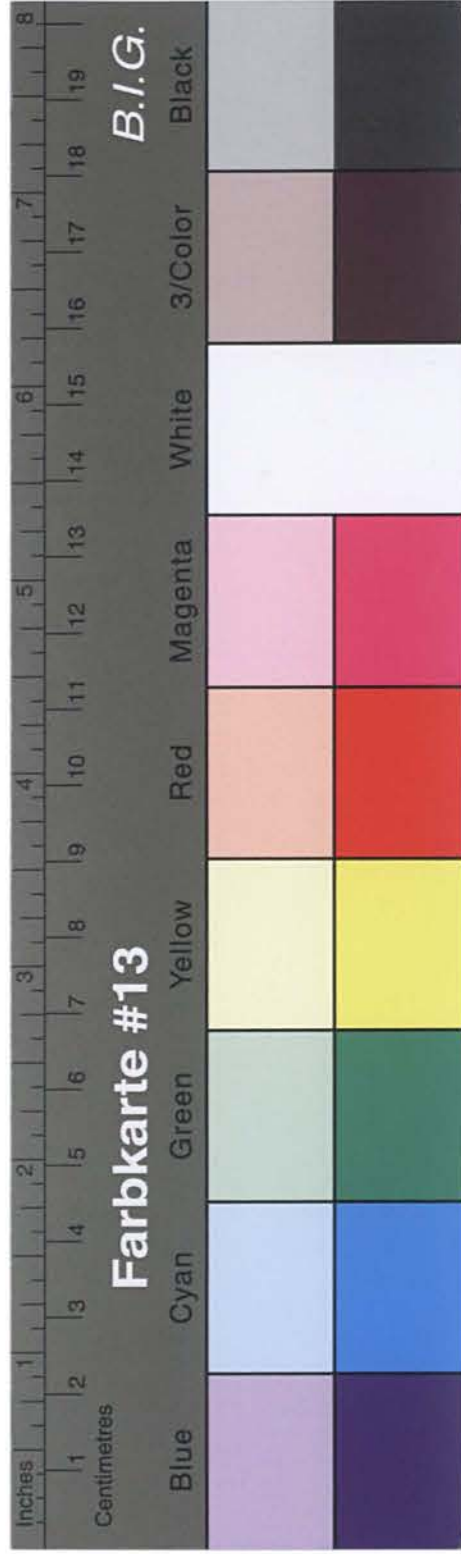
Kreisarchiv Stormarn B2





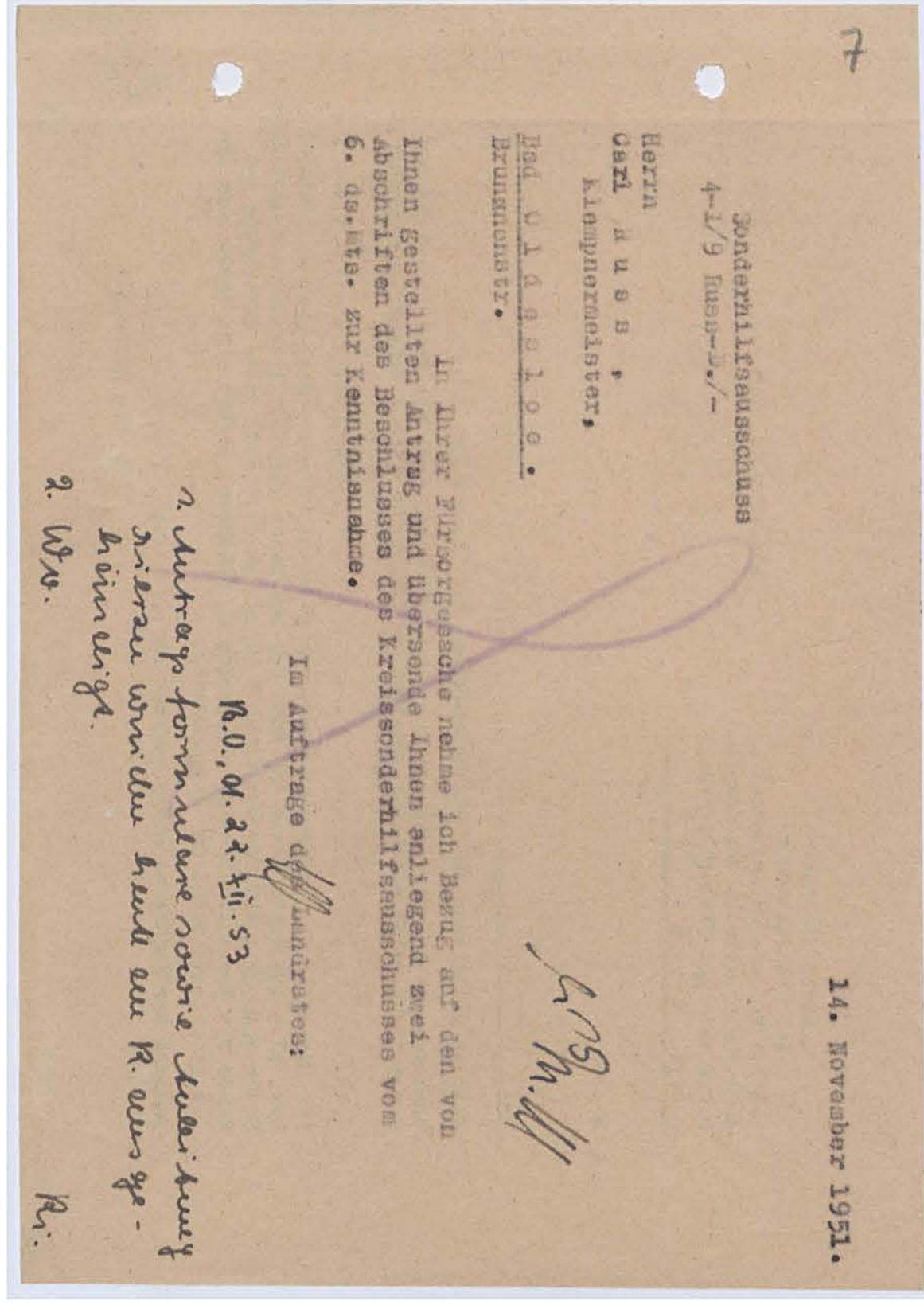
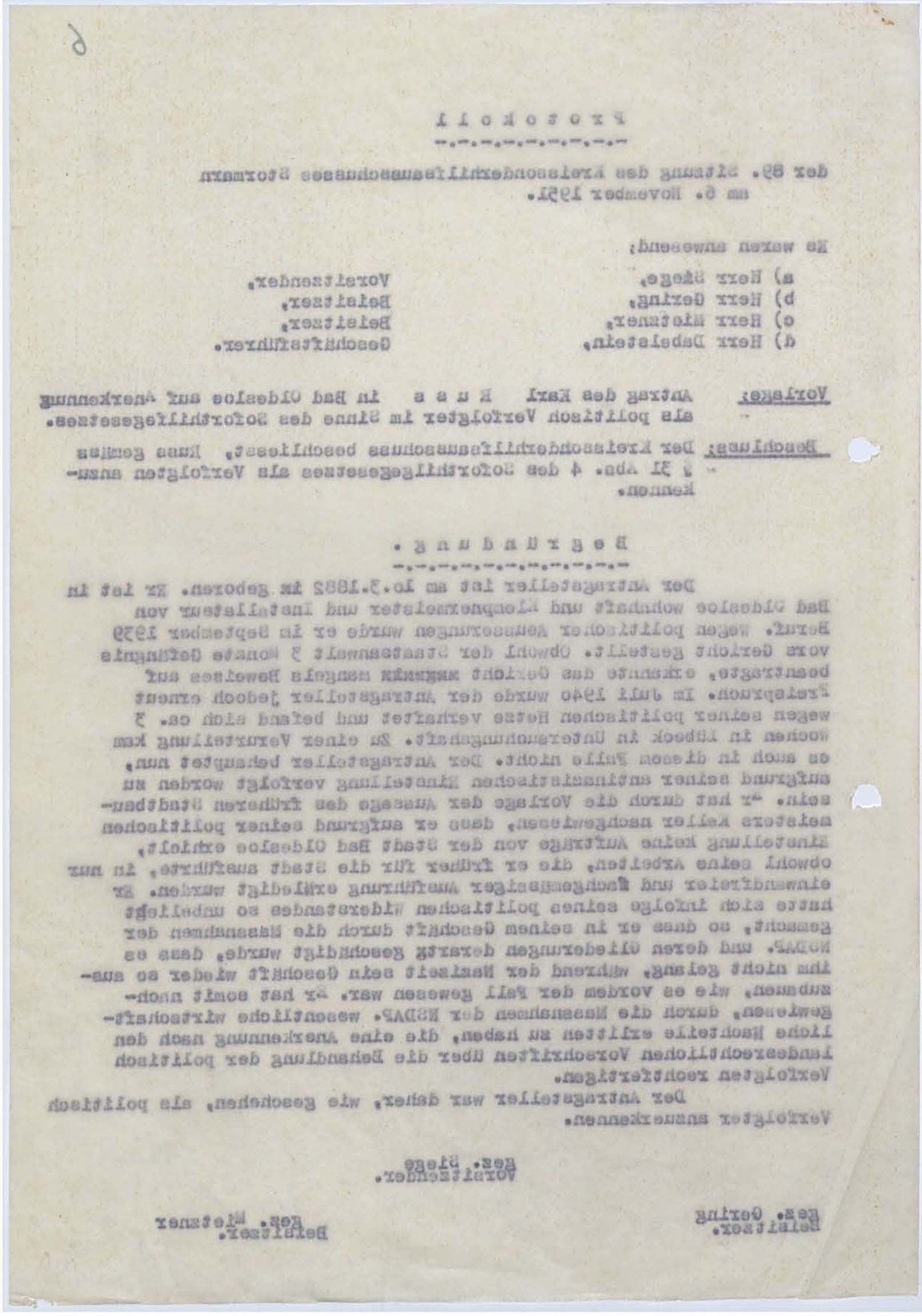
Kreissarchiv Stormarn B2

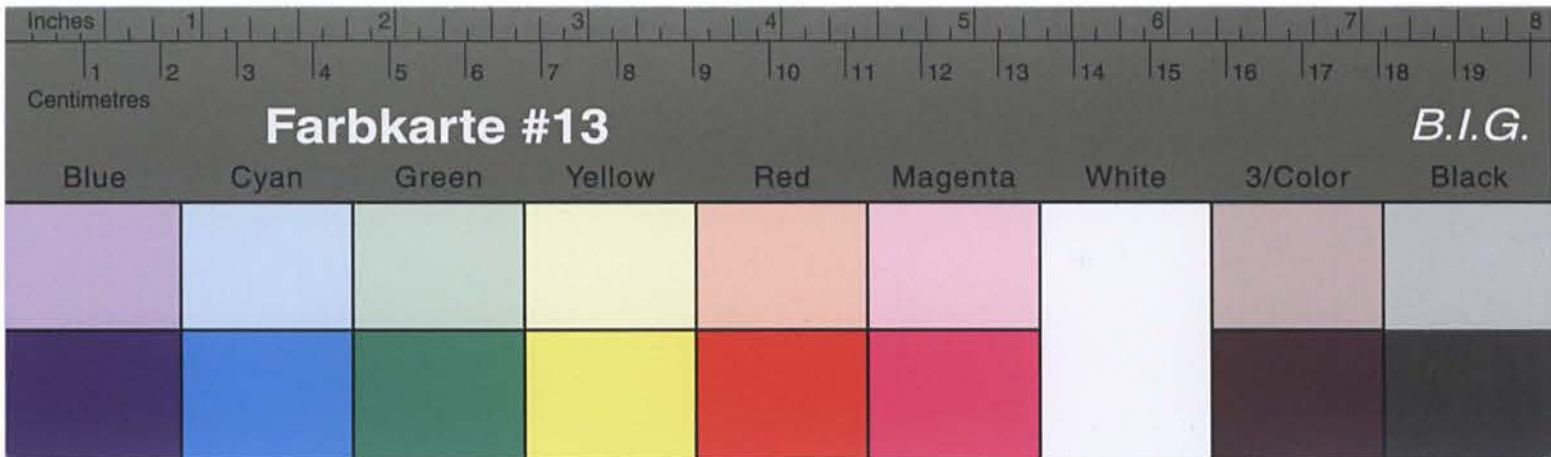




Farbkarte #13

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
Abt.: Sozial- u. Jugendamt
Amtl. Fürsorgestelle für Körper-
behinderte und Hinterbliebene.
Az.: 4 - 1/8

Bad Oldesloe, den 1951

An das
F i g e n - A m t
in _____

Betr.: Mitteilung über Rentengewährung für Kb. und Kh.

Nachstehende Person erhält ab _____ eine Rente nach der Sozialversicherung
durch die Landesversicherungsanstalt, Außenstelle Lübeck Schwartauer Landstr.1

.....

Der Genannten ist von diesem Zeitpunkt ab keine Unterstützung mehr zu gewähren
bzw. falls die Rente unter dem Satz der gehobenen Fürsorge liegt, eine zusätzliche
Unterstützung gemäß Rundverfügung E 50/46 vom 29.7.1946 unter Anrechnung der
Rente mit der aufgeführten Freilassung zu gewähren, sofern eine Verweisung an
das Arbeitsamt nicht in Frage kommt.

Zahlung der laufenden Rente beginnt am

Im Auftrage:

h

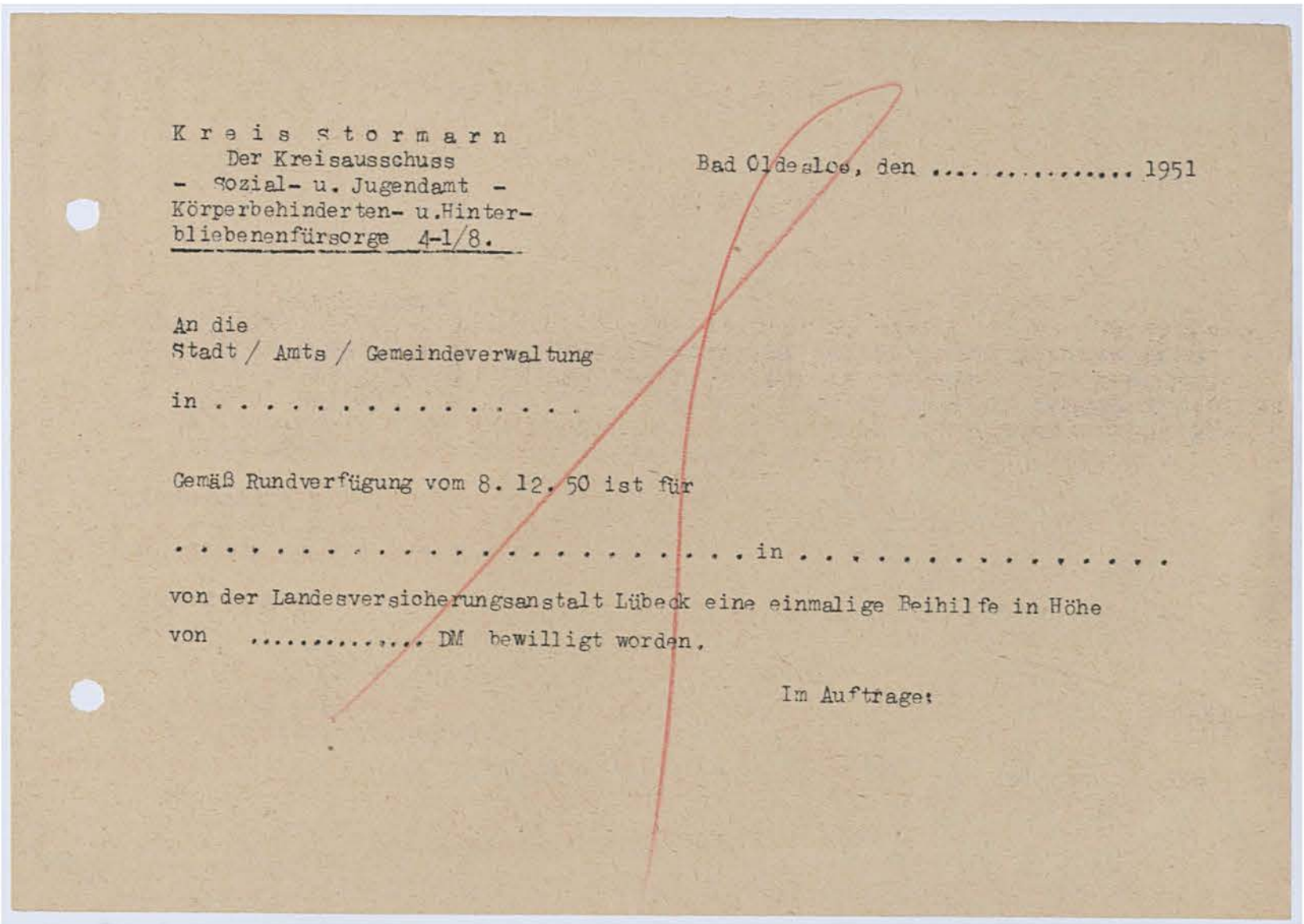
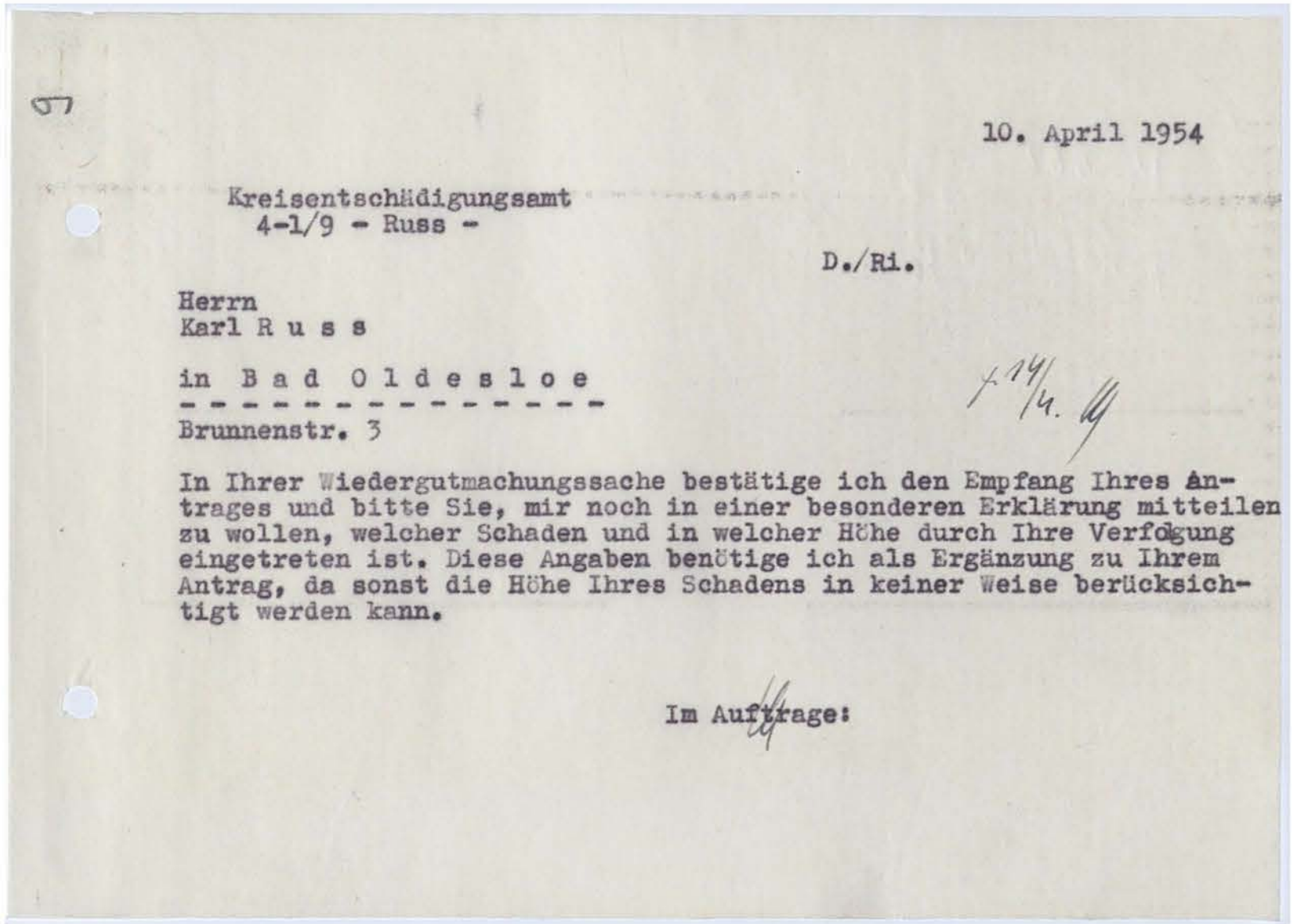
6/12

1) Meldbeantragung einreichen

BdM 13.3.54

18.11

8



Kreisarchiv Stormarn B2



10

31. Juli 1954
808 R

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Russ -

D./Ri.

1/ An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig - Holstein
in K i e l
- - - - -

In der Wiedergutmachungssache Karl R u s s in Bad Oldesloe

Aktz.: ?

Überreiche ich anliegend den Antrag auf Wiedergutmachung auf Grund des
BEG. sowie meine Handakte mit der Bitte um die dortige Entscheidung.

44.

Im Auftrage:

[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2



11

27. Juni 1955.

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 Russ -D./-

11/ An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

In der Wiedergutmachungssache Carl Russ in Bad
Oldesloe
-Aktenzeichen: R 308 -

teile ich mit, dass Herr Russ hier heute vorstellig wurde und um Mit-
teilung über den Stand seines Wiedergutmachungsantrages bat.
Ich wäre dankbar, wenn mir mitgeteilt werden würde, wie
bisher über den Antrag entschieden wurde und wann Russ ggf. mit einem
endgültigen Bescheid rechnen kann.

2/4 Im Auftrage:

Im Auftrage:

BEG. sowie meine Handakte mit der Bitte um die gefällige Einsendung.
Hochachtungsvoll entgegen dem Auftrag mit Wiedergutmachung auf Grund des
Aktenzeichen R 308

In der Wiedergutmachungssache Carl Russ in Bad Oldesloe

in Kiel
Schleswig - Holstein
Landesentschädigungsamt
an das

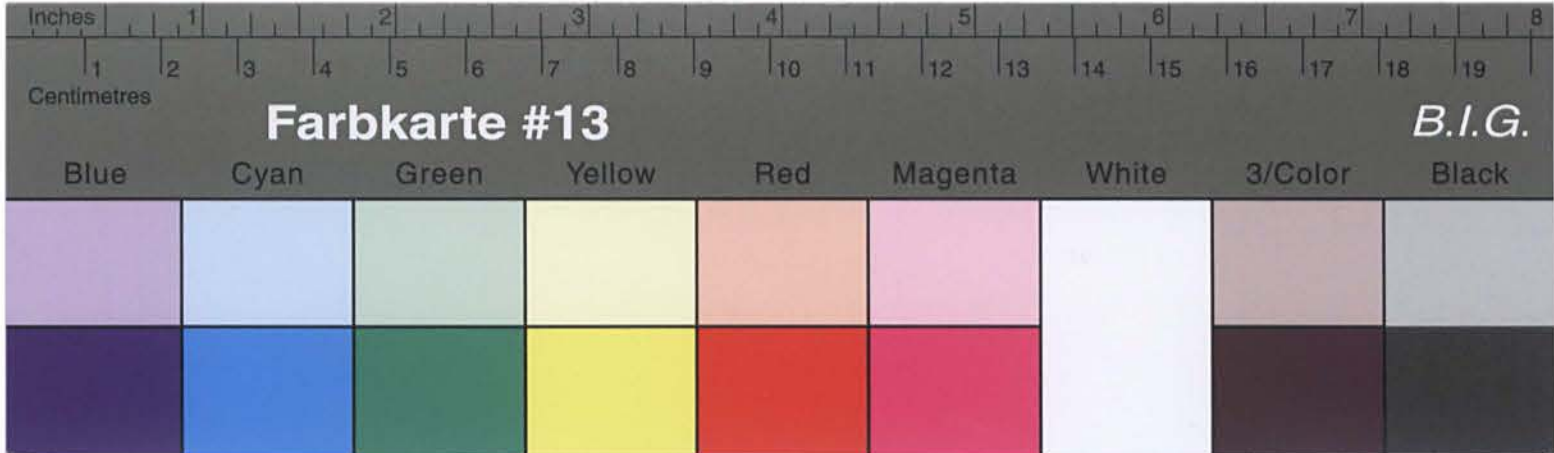
4-1/9 - Russ -
Kreisentschädigungsamt

11/

11.6.55
H. K. 11.6.55
R 308
1955. Juni 11.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

4 - 1/8 - N/211 -

Bad Oldesloe, den 7. Juni 1955

Vermerk:

Die Kriegerwitwe Marie Nieschke geb. Reips
in Reinbek, Rosenstr. 14 hat für ihre(x) Tochter Ursel
geb. 29.5.40 den Antrag auf Gewährung einer Erziehungsbeihilfe
nach § 27 Abs. I BVG. gestellt. Die Voraussetzungen in persönlicher
Hinsicht sind gegeben, da das Unvermögen im ursächlichen Zusammenhang
mit dem Verlust des Ernährers steht.

Berechnung der Erziehungsbeihilfe:

I. Ausbildungskosten:

Schulgeld	-	DM
Pauschalbetrag für Bekleidung, Lernmittel, Taschengeld	20,-	✓
Fahrtkosten	12,-	DM
doppelter Richtsatz des Auszubildenden	10,-	✓
Miete bzw. Mietanteil	64,-	DM
Ausbildungskosten insgesamt	5,-	DM

110,-
97,- DM

II. Mittel zur Deckung der Ausbildungskosten:

40

Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein

Nr. W 1 a - R 308

An den
Herrn Landrat
des Kreises Stormarn
-Kreisentschädigungsamt-
Bad Oldesloe

Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- 14. Juni 1955 -
14

Kiel, den 27. Juli 1955
Düsterbrookstr. Weg 94/100
Telefon 4 08 91
Sprechstunden nur dienstags von 9-12 Uhr.

12

Betr.: Entschädigungsverfahren des Herrn Carl R u s s ,
Bad Oldesloe, nach dem Bundesergänzungsgesetz zur
Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen
Verfolgung (BVG) vom 18.9.1953 (BGBl. I S. 1587)

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.6.1955

Anlage: 1

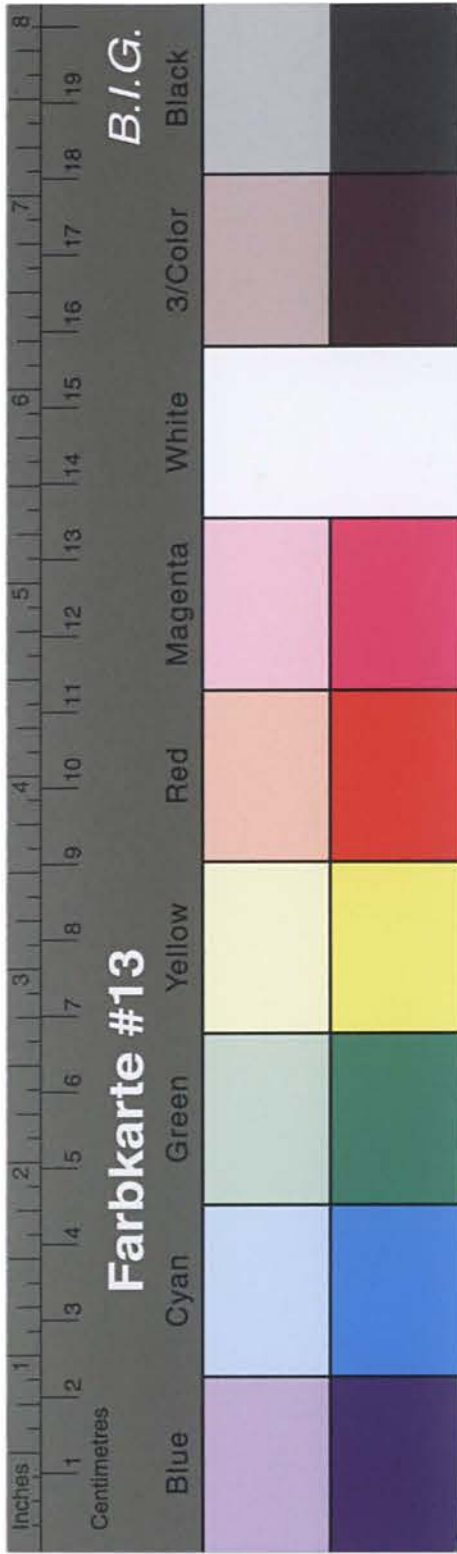
Anbei übersendet das Landesentschädigungsamt Ihnen die
Durchschrift eines heute an Herrn Russ abgegangenen
Schreibens zu Ihrer Unterrichtung.

Im Auftrage:
Gez. Wolken

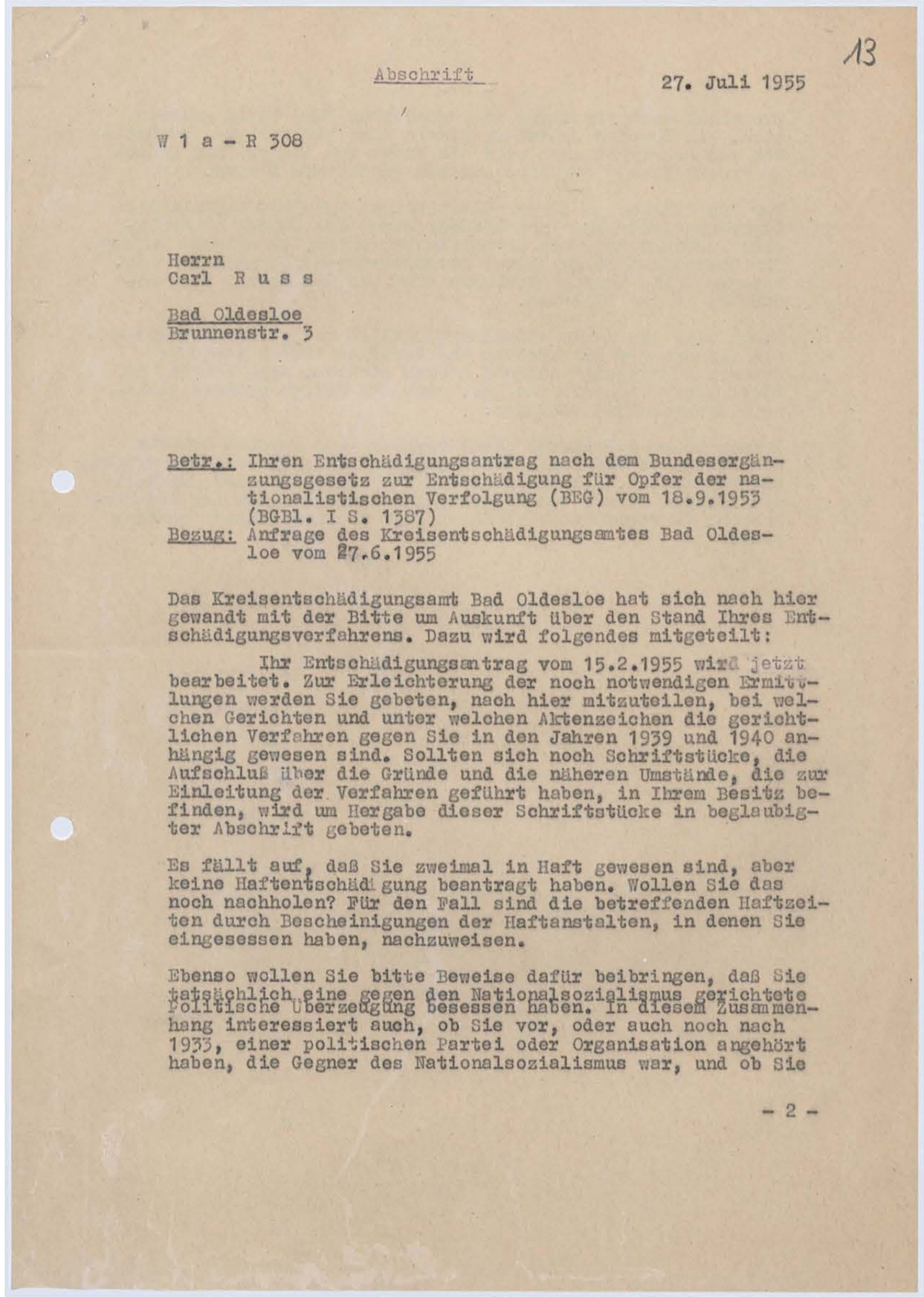
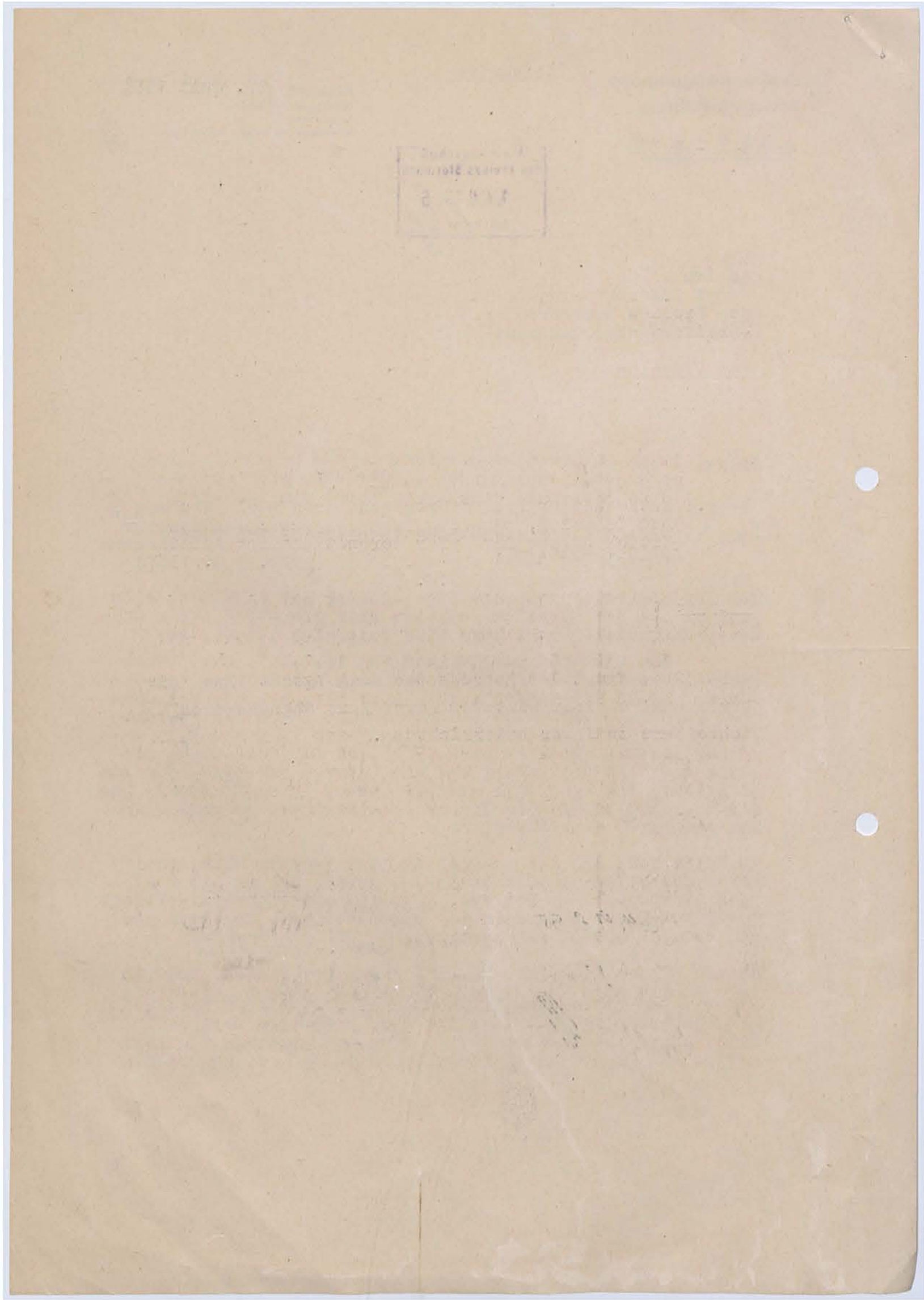
zum Vortrag.
24.9.8.55

Beglaubigt:
Besteilt

LANDESENTSCHÄDIGUNGSAMT
SCHLESWIG-HOLSTEIN
KANZLEI



Kreisarchiv Stormarn B2



Abschrift

27. Juli 1955

13

W 1 a - R 308

Herrn
Carl R u s s

Bad Oldesloe
Brunnenstr. 3

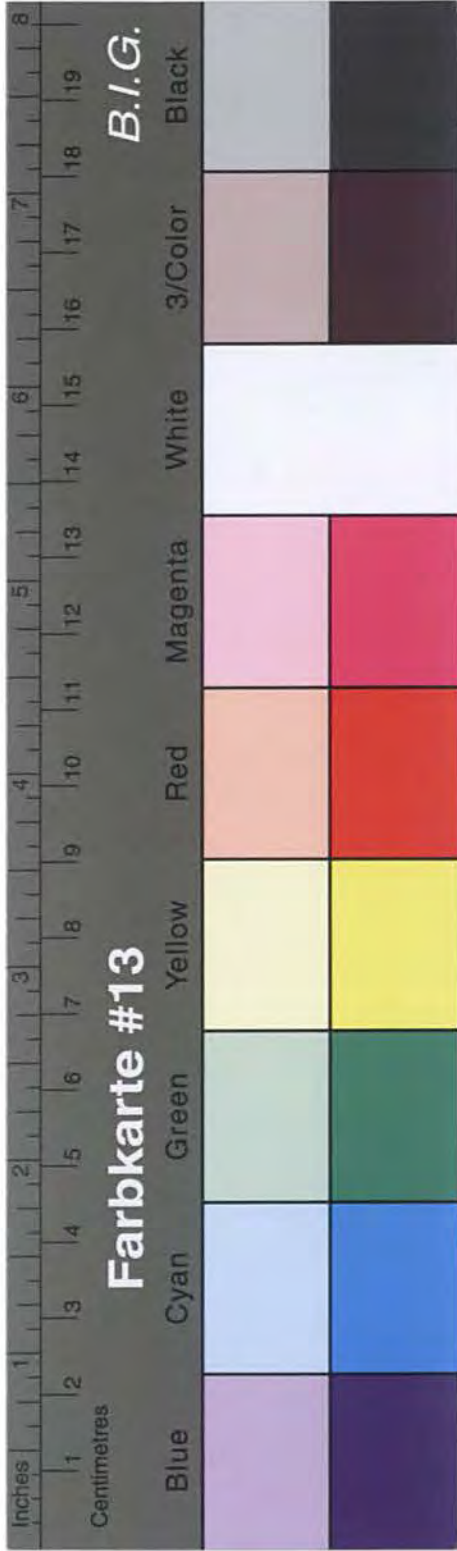
Betr.: Ihren Entschädigungsantrag nach dem Bundesergän-
zungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der na-
tionalistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953
(BGBl. I S. 1387)
Bezug: Anfrage des Kreisentschädigungsamtes Bad Oldes-
loe vom 27.6.1955

Das Kreisentschädigungsamt Bad Oldesloe hat sich nach hier
gewandt mit der Bitte um Auskunft über den Stand Ihres Ent-
schädigungsverfahrens. Dazu wird folgendes mitgeteilt:

Ihr Entschädigungsantrag vom 15.2.1955 wird jetzt
bearbeitet. Zur Erleichterung der noch notwendigen Ermitt-
lungen werden Sie gebeten, nach hier mitzuteilen, bei wel-
chen Gerichten und unter welchen Aktenzeichen die gericht-
lichen Verfahren gegen Sie in den Jahren 1939 und 1940 an-
hängig gewesen sind. Sollten sich noch Schriftstücke, die
Aufschluß über die Gründe und die näheren Umstände, die zur
Einleitung der Verfahren geführt haben, in Ihrem Besitz be-
finden, wird um Hergabe dieser Schriftstücke in beglaubig-
ter Abschrift gebeten.

Es fällt auf, daß Sie zweimal in Haft gewesen sind, aber
keine Haftentschädigung beantragt haben. Wollen Sie das
noch nachholen? Für den Fall sind die betreffenden Haftzei-
ten durch Bescheinigungen der Haftanstalten, in denen Sie
eingesessen haben, nachzuweisen.

Ebenso wollen Sie bitte Beweise dafür beibringen, daß Sie
tatsächlich eine gegen den Nationalsozialismus gerichtete
politische Überzeugung besessen haben. In diesem Zusammen-
hang interessiert auch, ob Sie vor, oder auch noch nach
1933, einer politischen Partei oder Organisation angehört
haben, die Gegner des Nationalsozialismus war, und ob Sie



Kreisarchiv Stormarn B2

- 2 -

eventuell auch für diese in irgendeiner Form tätig gewesen sind. Als Beweise gelten Originale oder beglaubigte Abschriften von Schriftstücken oder die Namen von Zeugen (mit genauen Anschriften), die Ihre Angaben bestätigen können.

Für den Schaden in Ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit als Klempnermeister und Installateur durch den Entzug behördlicher Aufträge muß noch nachgewiesen werden, in welchem Umfang Ihr Geschäft infolge dieser Beschränkung zurückgegangen ist. Entsprechende Beweisunterlagen erhalten Sie sicher beim Finanzamt in Bad Oldesloe.

Nicht klar aus Ihrem Antrag ersichtlich ist, welchen Schaden Sie als Schaden an Eigentum und Vermögen "durch sonstige schwere Schädigung" geltend machen möchten. Dies wollen Sie bitte kurz erläutern und ggf. auch für diesen Schaden geeignete Beweismittel beifügen.

Ferner haben Sie bisher nicht vorgetragen, welchen Schaden Sie an Körper und Gesundheit erlitten haben und wodurch dieser entstanden ist. Mitzuteilen sind auch die Namen der Ärzte, die den Schaden bisher behandelt haben, und die Namen der Krankenkassen, in denen Sie versichert sind bzw. versichert gewesen sind.

Im Auftrage:
gez. Wolken

Beglaubigt:
Reg.-Angestellte